

Startschuss für kommunalen Meldeportalverbund

Meldeportalbetreiber unterzeichnen Vertrag für kommunalen Verbund - Ziel ist ein bundesweit flächendeckendes Angebot für Melderegisterauskünfte

Karlsruhe, 04.12.2007 - Der Startschuss für einen bundesweiten Meldeportalverbund ist gefallen. Am Dienstag, 27. November 2007, unterzeichneten vier Betreiber von Meldeportalen in Baden-Württemberg, Bayern, Nordrhein-Westfalen und Hessen im Rahmen der Messe „Moderner Staat“ in Berlin einen Vertrag zur bundesweiten Vernetzung aller Länderportale. Ziel ist die Bereitstellung eines bundesweit flächendeckenden Angebotes für Melderegisterauskünfte.

Der kommunale Datenverarbeitungsverbund Baden Württemberg - eine freiwillige Partnergemeinschaft der Rechenzentren „Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken“ (Karlsruhe), „Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart“, „Kommunale Informationsverarbeitung Reutlingen-Ulm“ und der Datenzentrale Baden-Württemberg-, die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB), das Informationsbüro für eGovernment-Lösungen „d-NRW Ruhrdigital Besitz-GmbH u. Co. KG“ (Bochum / NRW) und die ekom21 GmbH (Gießen / Hessen) präsentierten am Stand der Vitako Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen IT-Dienstleister e.V. (Berlin) die technische Lösung für einen erweiterten Verbund von Meldeportalen. Es ist zu erwarten, dass das neue, gemeinsame Meldeportal nach einer Phase des Pilotbetriebs bereits im Januar 2008 produktiv gesetzt wird.

Die Vorteile der Vernetzung der Landesmeldeportale liegen in der beschleunigten automatisierten Bearbeitung von Melderegisteranfragen. Die flächendeckende Verfolgung von Adressketten wird möglich. Berechtigte Benutzer aus der Privatwirtschaft und der öffentlichen Verwaltung sollen ihre Melderegisteranfragen künftig über jedes der kooperierenden Meldeportale stellen können. Dadurch entfallen zeitraubende Mehrfachanfragen an Auskunftdateien in verschiedenen Bundesländern. Bereits heute umfasst die Summe der verlinkten Datenbestände über 29 Millionen Einwohner.

Technisch wird der Meldedatenverbund auf der modernen, von der Datenzentrale Baden-Württemberg und der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) gemeinsam entwickelten Software MeldIT aufgebaut. MeldIT hat innerhalb von kürzester Zeit die Marktführerschaft erreicht. Die AKDB, die seit dem Jahr 2003 ein Internet-Portal für einfache Melderegisterauskünfte betreibt, beabsichtigt, ihre für den Portalbetrieb bisher eingesetzte Software ZEMA im Laufe des Jahres 2008 vollständig durch die moderne Software MeldIT zu ersetzen. Damit basiert der neue Meldedatenverbund auf modernsten technologischen Standards.

In Baden-Württemberg wird das dvv.Meldeportal des Datenverarbeitungsverbundes auf MeldIT-Basis federführend vom Zweckverband „Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken“ betrieben. An der Initiative zur Bildung eines bundesweiten Meldedatenverbundes war die Geschäftsführung des Zweckverbandes maßgeblich beteiligt. Gesetzliche Grundlage für die Erteilung von Online-Melderegisterauskünften sind das Melderechtsrahmengesetz (MRRG) und die jeweiligen landesspezifischen Umsetzungen, z.B. das Landesmeldegesetz Baden-Württemberg